

● **Die Mitglieder** Folgende zwölf Kommunen gehören zum Abwasserverband: Stadt Kempten, Altusried, Betzigau, Buchenberg, Dietmannsried, Durach, Haldenwang, Lauben, Oy-Mittelberg, Sulzberg, Waltenhofen und Wiggensbach.

● **Das Kanalsystem** Das Entwässerungsgebiet umfasst 3100 Hektar. Das gesamte Kanalnetz des Verbandes hat eine Länge von rund 130 Kilometern.

● **Angeschlossene Haushalte** Im Verbandsgebiet leben etwa 120 000 Einwohner, von denen mehr als 90 Prozent über Kanäle an das Gruppenklärwerk angeschlossen sind. Der Rest behandelt das Abwasser über Hauskläranlagen und entsorgt den dabei anfallenden Fäkalschlamm ebenfalls im Gruppenklärwerk bei Lauben.

Klären des Abwassers wird nicht teurer

Verband Kosten für Mitgliedsgemeinden bleiben stabil. Dennoch große Investitionen

Kempten/Oberallgäu Das Klären der Abwässer dürfte für die im Abwasserverband Kempten organisierten insgesamt zwölf Kommunen nicht teurer werden. Denn die Investitionskosten für das Gruppenklärwerk in Lauben bleiben die nächsten Jahre vermutlich gleich. Das sagte auf Nachfrage der *AZ* Geschäftsleiter Franz Beer. Auch die Betriebskosten seien in den vergangenen Jahren stabil, teilweise sogar rückläufig, gewesen.

„Wir investieren im Rahmen der Abschreibung.“ Das heißt, dass jedes Jahr so viel Geld investiert wird, wie die Anlage an Wert verliert.

Zurzeit sind das etwa 3,4 Millionen Euro, erläutert Beer. Wie mehrfach berichtet, stehen am Gruppenklärwerk in den nächsten Jahren größere Maßnahmen zur Modernisierung an. Insgesamt 13 Millionen Euro wird das kosten, allein sechs Millionen fließen in ein neues Klärgebäude mit Blockheizkraftwerk.

Die Kosten des Gruppenklärwerks werden auf die im Abwasserverband Kempten organisierten Gemeinden (siehe Infokasten) umgelegt. Der entscheidende Faktor, wer wie viel bezahlen muss, ist dabei die Menge des jeweils abgeleiteten Abwassers. (*ble*)



Ins Gruppenklärwerk in Lauben wird stetig investiert. Das Foto zeigt die Anlieferung eines neuen Methanoltanks. Weil die Investitionskosten über einen langen Zeitraum auf die Gemeinden umgelegt werden, bleibt die Umlage stabil.

Foto: Andreas Reimund